

Bündnis **Nazifrei! - Dresden stellt sich quer**

E-Mail: presse@dresden-nazifrei.com

URL: www.dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826



Pressemitteilung

Dresden, 06.10.2011 - Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ fordert Einstellung der politisch motivierten Verfahren gegen Blockierer_innen – Aberkennung der parlamentarischen Immunität von Bodo Ramelow mit Stimmen der SPD - In Sachsen stehen CDU und NPD gemeinsam gegen Dr. André Hahn

Am 05. Oktober wurde durch den Justizausschuss des Thüringer Landtages die Immunität des Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Bodo Ramelow, aufgehoben. Damit wurde der Weg für die Ermittlungen durch die Dresdner Staatsanwaltschaft geebnet. Selbst die Thüringer SPD stimmte dem mehrheitlich zu. Ramelow erklärt, dass der Eindruck entsteht, es würde nicht gegen die Privatperson ermittelt, sondern gegen den Fraktionsvorsitzenden. Dies stellt einen Anschlag auf die parlamentarische Demokratie dar.

In Dresden entscheidet das Plenum des Landtages am 14. Oktober über die Immunitätsaufhebung von Dr. André Hahn. Die Stimmen von NPD und CDU für eine Aufhebung sind ihm sicher.

Beiden Politiker werden von der Staatsanwaltschaft Dresden Rädelsführerschaft und Organisation der Blockaden gegen Europas einstmals größten Naziaufmarsch im Jahr 2010 vorgeworfen.

Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" erklärt dazu: "Hand in Hand arbeiten Konservative und Rechtsradikale im Freistaat Sachsen, wenn es darum geht, zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren, zu diffamieren. Wieder einmal enttäuscht die sächsische Landesregierung von CDU und FDP, der ein Naziaufmarsch anscheinend bequemer ist, als eine aktive demokratische und antifaschistische Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das Verhalten der Landesregierung ist ein deutliches Beispiel für ein sogenannten "Fischen am Rechten Rand" um nicht noch mehr Stimmen an die NPD und Rechtspopulisten zu verlieren."

Dass zum Zeitpunkt der vermeintlichen Tat keine Rechtsgrundlage für eine Verurteilung zu Versammlungsdelikten besteht, bestätigt das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundes.

"Eine ideologische Ausrichtung der Verfahren ist ersichtlich, eine tatsächliche Verurteilung der Betroffenen ist nicht zu erwarten. Hier soll ein politisches Exempel statuiert werden. Oppositionelle sollen allein durch die Durchführung eines Gerichtsverfahrens eingeschüchert und öffentlich diskreditiert werden. Diese Art der sächsischen Demokratie ist seit Jahren gängige Praxis und wird von der Staatsanwaltschaft aktiv getragen und unterstützt. Dabei wird der politische Kampfbegriff 'Extremismus' in Sachsen deutlich inflationär verwendet", so Radtke.

In der kommende Woche beginnen ebenfalls die ersten Verfahren gegen Blockierer_innen vor dem Amtsgericht Dresden. Bereits bei diesen Verfahren erwartet das Bündnis einen hochpolitischen Prozess und ruft dazu auf, die Betroffenen solidarisch zu unterstützen.

Das Bündnis "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" fordert die sofortige Einstellung der rechtsgrundlosen Verfahren. Auch die sächsische Landesregierung ist verpflichtet sich an geltendes Recht zu halten, auch wenn es mittlerweile für sie ungewohnt sein dürfte.

Pressekontakt: presse@dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826